



HOCHSTEUER LAND

Die Kosten für den Faktor Arbeit steigen in Österreich – mit fatalen Folgen

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



HALBLEITER
Der Chips Act der EU
setzt wichtige Akzente

Seite 2



WELTRAUM
TTTech-CEO über Chancen
für Unternehmen

Seite 8



OBERÖSTERREICH
Ist „Made in Europe“
noch zu retten?

Seite 10

Saudi-Arabiens Transformation als Chance für Österreichs Industrie

Das ambitionierte Reformprogramm Saudi-Arabiens sieht Zukunftsprojekte der Superlative vor und bietet ausländischen Unternehmen spannende Chancen.

Saudi-Arabien hat eine geostrategisch wichtige Position zwischen drei Kontinenten und ist der weltweit größte Exporteur von Rohöl. Lange galt das Land als eines der am stärksten abgeschotteten, doch seit einigen Jahren ändert sich das rasant. Das islamisch geprägte Land mit seinen rund 35 Millionen Einwohnern öffnet sich der Welt und setzt sowohl gesellschaftlich als auch ökonomisch auf Wandel. Bis 2030 soll beispielsweise der Frauenanteil unter den Berufstätigen auf 30 Prozent steigen. Das ist nur ein Punkt in dem ambitionierten Reformprogramm, das sich der junge Kronprinz und Premierminister Mohammed bin Salman unter dem Titel „Vision 2030“ für das Land vorgenommen hat. Das Programm sieht Investitionen von mehr als drei Billionen Dollar vor und hat das Ziel, sich aus der Abhängigkeit von Rohöl zu lösen. Teil der Vision sind Bau- und Infrastrukturprojekte der Superlative, die auch für ausländische Investoren Chancen bieten.

Bei einigen dieser Projekte sind österreichische Unternehmen bereits involviert. Im vergangenen Jahr hat sich das Handelsvolumen zwischen Saudi-Arabien und Österreich auf 660 Millionen Euro beinahe verdoppelt.

Hub für den Nahen Osten

Die beiden Länder teilen Herausforderungen in der grünen Transformation, aber auch im Fachkräftemangel und arbeiten derzeit an einem Abkommen zur dualen Ausbildung. Eines der 400 österreichischen Unternehmen, die in Saudi-Arabien aktiv sind, ist der oberösterreichische Feuerwehrfahrzeughersteller Rosenbauer. Vertriebsvorstand Andreas Zeller empfiehlt im Rahmen eines IV-Round-Tables Saudi-Arabien als Hub für die gesamte Region im Nahen Osten und rät dazu, direkt vor Ort zu investieren. Vorteile seien die junge Bevölkerung, spannende Projekte, die gute internationale Anbindung und die Infrastruktur, die derzeit massiv ausgebaut wird. Für Investitionen bieten sich

ausgewiesene „economic areas“ und die „Gigaprojekte“ an. Dazu zählt etwa Neom, eine Millionenmetropole, die mitten in der Wüste entstehen und keine CO₂-Emissionen verursachen soll. Spannende Investitionschancen bietet Saudi-Arabien in den Bereichen erneuerbarer Energie, im Gesundheits-

wesen, Infrastruktur, aber auch im Tourismus, erklärte der zuständige Sektionsleiter im Wirtschaftsministerium, Florian Fruscher beim Roundtable. Als Touchpoint für ausländische Unternehmen hat Saudi-Arabien ein eigenes „Invest Saudi“-Onlineportal mit allen Projekten und Kontakten eingerichtet.



Europäischer Verteidigungsfonds - Ausschreibungen 2023 gestartet

Die Ausschreibung zur Förderung von F & E im Verteidigungsbereich ist seit 15. Juni geöffnet. 2023 stehen 1,2 Mrd. Euro bereit.

Der Europäische Verteidigungsfonds (European Defence Fund EDF) ist das Instrument der Europäischen Kommission zur Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. Er zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Innovationsfähigkeit der europäi-

schen Verteidigungsindustrie zu fördern. Die Verstärkung der europäischen, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit steht im Vordergrund.

Für das gesamte Programm mit einer Laufzeit von sieben Jahren (2021 - 2027) stehen insgesamt rund 7,9 Mrd. Euro zur Verfügung. Die einzelnen Arbeitsprogramme

werden jährlich ausgeschrieben. Die aktuellen Ausschreibungen für 2023 sind von 15. Juni bis 22. November 2023 auf dem Funding and Tender Portal der Europäischen Kommission geöffnet. Die EU-Kommission stellt für das dritte Arbeitsprogramm 1,2 Mrd. Euro im Rahmen des EDF bereit – davon 343 Mio. Euro für Forschung und 836 Mio. Euro für Entwicklung.

WEBTIPP

Funding and Tender Portal:



Chips Act der EU setzt wichtige Akzente, bleibt aber hinter Erwartungen

Der Text für ein europäisches Halbleiter-Gesetz ist nach zähen Verhandlungen fertig und könnte bereits in der zweiten Jahreshälfte in Kraft treten.

Im Februar 2022 hat die Europäische Kommission ihren Vorschlag für ein europäisches Halbleiter-Gesetz vorgestellt. Nun gibt es, nach zähen Verhandlungen zwischen den Ko-Gesetzgebern, einen finalen Text. Im Mittelpunkt der Initiative steht das Ziel, den Marktanteil der in Europa produzierten Chips bis 2030 auf 20 Prozent zu verdoppeln. Dafür sollen unter anderem wettbewerbsrechtliche Bestimmungen gelockert und Mittel zur Förderung für Forschung, Entwicklung und Produktion von Halbleitern zur Verfügung gestellt werden.

Forderungen der Industrie, wie etwa die Ausweitung des Anwendungsbereichs, um Förderungen nicht nur für kleinste Chips, sondern auch das erweiterte Halbleiter-Ökosystem möglich zu machen, wurden angenommen. Auch der Fokus auf die Aus-

und Weiterbildung von Fachkräften in sogenannten Kompetenzzentren kann positiv hervorgehoben werden.

Finanzierungsfrage

Betont werden muss, dass die Summe an zur Verfügung gestellten EU-Mitteln in Höhe von 3,3 Mrd. Euro, weit hinter jener anderer Staaten, wie etwa Südkorea, China oder den USA liegt. Daher sind nun die nationalen Ko-Finanzierungen von F&E- sowie Investitionsprojekten gefordert. Klar ist, dass entsprechende budgetäre Möglichkeiten bei den Mitgliedstaaten in unterschiedlichem Ausmaß vorhanden sind. Ein angemessener Ausgleich für die Finanzierungsstärke der großen Mitgliedstaaten wurde trotz Unterstützung seitens Europäischem Parlament in den Verhandlungen mit dem Rat nicht erreicht. Mit einem Inkrafttreten des Gesetzes kann in der zweiten Hälfte dieses Jahres

gerechnet werden und obwohl es richtige und wichtige Akzente für ein zukunfts-

sicheres Europa setzt, bleibt es jedenfalls hinter den Erwartungen zurück.



WEBTIPP: IV-Vizepräsidentin und Infineon-Austria-CEO Sabine Herlitschka im „Industry Talk“ der IV über den Chips Act (<https://youtu.be/PbeeXnltBnE>)

Die Abschaffung der kalten Progression wieder zur Debatte stellen – echt jetzt?

Die auch nur teilweise Rücknahme des größten steuerpolitischen Meilensteins der vergangenen Jahrzehnte, wie vom IHS-Chef vorgeschlagen, wäre kein geeigneter Ausgleich für die Entlastungs-Gießkanne.



Dass die Steuerpolitik in Österreich mitunter seltsame Blüten treibt, ist man ja schon fast gewohnt. Manche Ideen schaffen es dennoch, einen in Erstaunen zu versetzen. So etwa der Vorschlag des neuen IHS-Chefs Holger Bonin, die kalte Progression teilweise wieder einzuführen. Zur Erinnerung: Die Abschaffung der kalten Progression ist ein Meilenstein in der österreichischen Wirtschaftspolitik, die seit Jahrzehnten – mit Nachdruck auch von der IV – gefordert wurde und vergangenes Jahr – positiv überraschend – von der schwarz-grünen Regierung umgesetzt wurde. Die Lohnstufen wurden bisher nur unregelmäßig und verspätet im Rahmen von Steuerreformen an die Inflation angepasst, wobei oftmals nur einzelne Stufen abgeändert wurden. Dies führte dazu, dass sich die durchschnittliche Steuerbelastung eines Arbeitnehmers mit jedem Lohnabschluss stetig erhöhte. Einfach ausgedrückt: wer mehr verdiente, konnte sich deshalb nicht immer auch mehr leisten.

Das bescherte dem Fiskus jährlich einen satten Zuverdienst, der nicht zu Unrecht als versteckte Steuer wahrgenommen wurde. Bonin schlägt also jetzt vor, die Inflation durch eine temporäre

Wiedereinführung der kalten Progression bei höheren Lohnstufen zu bekämpfen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Der Staat verteilt gießkannenartig Entlastungsmaßnahmen und

Brauchen klare Vorschläge, wie wir aus dem Inflationsschlamassel wieder herauskommen.

sorgt so dafür, dass die Inflation in Österreich vergleichsweise hoch bleibt. Das soll jetzt durch die Wiedereinführung einer verdeckten Steuererhöhung quasi heimlich korrigiert werden. Die so entstehende Belastung könnte man dann mit einem zeitlichen Abstand wieder über eine „historisch große Steuerreform“ zurückgeben. Statt Steuereinnahmen hin und her zu schieben, stünde es der Wirtschaftswissenschaft

gut an, klare Vorschläge zu machen, wie wir aus dem Inflationsschlamassel wieder herauskommen.

Ein nicht unwichtiges Detail sollte man in dieser Debatte auch nicht vergessen: Die Regierung hat sich bei der Abschaffung der kalten Progression ohnehin eine „Hintertür“ offengelassen. Ein Drittel des Entlastungsvolumens kann bereits jetzt politisch für sinnvolle Zwecke vergeben werden – die Abschaffung kommt nur zu zwei Drittel direkt beim Steuerzahler an. Das bedeutet, dass die Regierung heuer immerhin über 600 Millionen Euro, die dieses Drittel ausmachen, frei entscheiden kann. Statt über die Wiedereinführung einer versteckten, automatischen Steuererhöhung zu diskutieren, sollten wir uns der Ausgabenseite widmen. Etwa dem Pensionssystem, dessen Reform auch das Zeug hätte, unausgeschöpfte Potenziale am Arbeitsmarkt zu heben, die die heimische Industrie gerade dringend benötigt.

Ihr

Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 5. Juni war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at

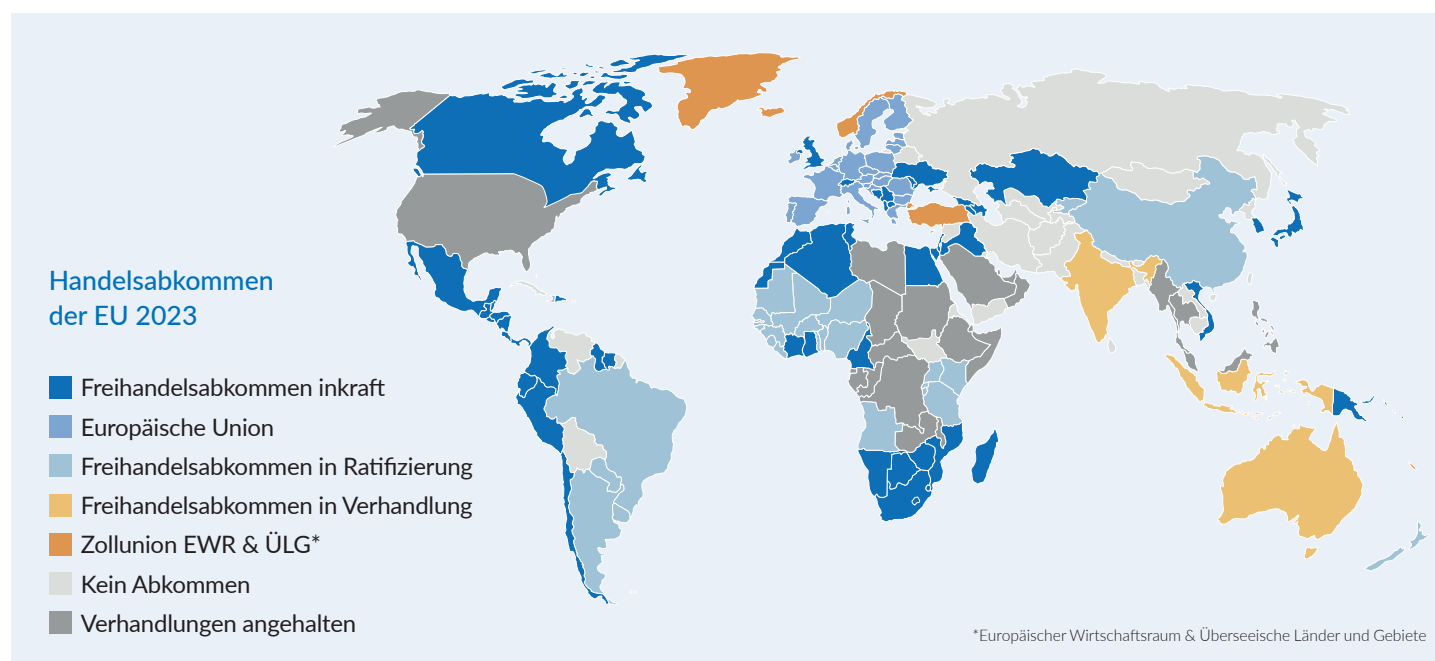
AKTUELLES IN KÜRZE

GRAFIK DES MONATS

Die EU hat bereits 48 Handelsabkommen mit insgesamt 78 Staaten. Diese Abkommen zeigen, wie stark die Effekte solcher Partnerschaften sind: Zehn Jahre Handelspakt zwischen EU und Korea haben dem bilateralen Handel von 2011 bis 2021 ein Plus von 71 Prozent beschert. Österreichische Exporte nach Korea sind seit Inkrafttreten

bis 2022 sogar um 147,3 Prozent gestiegen. Durch die Anwendung des Handelsabkommens mit Kanada (CETA) sind die EU-Exporte nach Kanada seit 2017 um 26 Prozent gestiegen. Das hat laut EU-Kommission zu einer Schaffung von 70.000 Arbeitsplätzen in der EU geführt. Österreichische Exporte nach Kanada sind durch CETA seit

2017 um 47,8 Prozent gestiegen. Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Herausforderungen gilt es umso mehr, die Beziehungen zu dynamischen Wirtschaftsräumen zu stärken. Mercosur wäre hierfür eine wesentliche Chance und durch vorhandene Rohstoffe auch für die grüne Transformation von Bedeutung.



ZAHL DES MONATS

32 Tage

Die Lehre ist ein Karriereturbo. Der Berufseinstieg gelingt in Österreich unter allen Bildungsabschlüssen nach einer Lehre am schnellsten. Lehrlinge beginnen durchschnittlich 32 Tage nach Abschluss der Ausbildung ihre erste Erwerbstätigkeit. Das zeigen aktuelle Zahlen der Statistik Austria. Nach der BHS gelingt der Berufseinstieg demnach 119 Tage nach dem Abschluss. Für Personen, die höchstens die Pflichtschule abgeschlossen haben, dauert es mit 234 Tagen bis zur ersten Erwerbstätigkeit am längsten. Die Gruppe der Menschen mit Lehrabschluss weist zudem mit 3,5 Prozent – nach der Gruppe mit Hochschulabschluss – die niedrigste Arbeitslosenquote auf. Um die Lehre zu stärken, braucht es aus Sicht der IV eine deutlich verbesserte Bildungs- und Berufsorientierung an Schulen, einen strukturierten Einstieg in die 9. Schulstufe und verbesserte Anschlussstellen an den Hochschulbereich (Lehre mit und nach Matura).

EXPERTENMEINUNG

Neue Karrierewege für Lehrerinnen und Lehrer schaffen

Aus IV-Sicht braucht es ein attraktiveres Berufsbild für Pädagoginnen und Pädagogen inklusive individueller Personalentwicklung samt passgenauer Fort- und Weiterbildung.



Johannes Sokopp, Experte im IV-Fachbereich Bildung & Gesellschaft

Die Situation rund um den Lehrermangel in Österreich verschärft sich zunehmend. Bis 2027 werden in Österreich mehr als 20.000 Lehrerinnen und Lehrer in Pension gehen. Zu wenig junge Menschen entscheiden sich aktuell, diesen Beruf zu ergreifen. Die Gründe dafür sind mannigfaltig: ein mitunter schlechtes Berufsbild in der öffentlichen Wahrnehmung, herausfordernde Arbeitsbedingungen in einem stark reglementierten System.

Ein weiterer Grund ist, dass es kaum Karrieremöglichkeiten gibt. Lehrerinnen und Lehrer begeben sich häufig schon im Lehramtsstudium in eine berufliche Sackgasse.

Denn der Berufsweg ist relativ klar vorgegeben. Ein guter Hebel, um das Berufsbild zu attraktivieren, wäre es daher, Karrierewege zu ermöglichen.

In großen Schulen könnten beispielsweise verschiedene Bereiche für mehrere Teams geschaffen werden, wodurch neue Verantwortlichkeiten entstehen und ein „Mittleres Management“ eingezogen würde. Lehrkräfte könnten in dieser Logik nach Fachrichtung und Aufgaben in Teams – inklusive Teamleitung – aufgeteilt werden. So ließen sich Karrierewege eröffnen, die verschiedene Ausprägungen haben könnten.

Zudem haben auch Lehrerinnen und Lehrer Anspruch auf ein berufliches Umfeld, in

dem sie individuell in ihrer professionellen Weiterentwicklung begleitet werden. Dieser Anspruch wird heute nicht ausreichend eingelöst. Wenn wir das System Schule als lernende Organisation begreifen, bedingt das auch ein neues Professionsverständnis für die Funktion und Rolle der Schulleitung. Diese hat umfassende Führungsverantwortung und muss über Managementkompetenzen verfügen.

Die IV setzt sich daher dafür ein, dass auch in der Schule Einzug hält, was in den allermeisten Unternehmen bereits seit langer Zeit gelebte Realität ist: Individuelle Personalentwicklung inklusive passender Fort- und Weiterbildungen sowie die Eröffnung beruflicher Karrieremöglichkeiten.

Messe vernetzt Unternehmen mit wechselwilligen Talenten

Im November findet in Wien eine Jobmesse statt, die tausenden Wechselwilligen potenzielle neue Arbeitgeber vorstellt. Organisator Bernhard Ehrlich im Interview.



Sie laden im Herbst zu einer Jobmesse, bei der Wechselwillige im Fokus stehen. Angesichts der angespannten Lage am Arbeitsmarkt weckt das bestimmt großes Interesse.

Wie hoch schätzen Sie den Anteil an wechselwilligen Berufstätigen ein?

Ehrlich: Die Wechselwilligkeit kommt meist mit einem gewissen Leidensdruck im Job – sei es durch die aktuelle Inflation, die finanzielle wie auch immaterielle Vorteile noch wichtiger macht oder andere Gründe wie z.B. fehlende Wertschätzung. Aus aktuellen Studien wissen wir, dass etwa ein Drittel der unselbstständig Beschäftigten wechselwillig ist – Tendenz steigend. Das bedeutet, dass sich von rund 870.000 unselbstständig Beschäftigten allein in Wien knapp 300.000 Menschen neu orientieren wollen. Und mit unserem Event aktivieren wir konkret 5.000 davon über unsere Kanäle.

Wie überzeugen Sie die Wechselwilligen zu kommen? Besteht nicht die Sorge, auf der Jobmesse den aktuellen Arbeitgeber zu treffen?

Arbeitnehmer erwartet ein Rahmen, der genügend Privatsphäre bietet. Abgeschirmte Wohlfühl-Lounges sorgen für eine gemütliche, aber auch private Atmosphäre, die sich deutlich von einer klassischen Messeszenarie unterscheidet. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich – jeder, der möchte, kommt vorbei und kann sich vor Ort niederschwellig über Jobperspektiven informieren. Besuchende erhalten zu Beginn auch einen Hallenplan, der jedes Unternehmen und dessen Lage ersichtlich macht. Auf rund 8.000 m² Fläche ist genügend Platz vorhanden, um sich bewusst aus dem Weg zu gehen.

Wie läuft die Messe für Unternehmen ab?

Zu betonen ist, dass es nicht darum geht, dass sich Firmen Talente vor der Nase abwerben, sondern darum, ein Format für Wechselwillige

bereitzustellen, das sie mit Arbeitgebern vernetzt, die ohnehin auf der Suche nach Personal sind. Das Event wurde als gemütliche Afterwork-Veranstaltung konzipiert, sodass Interessierte unkompliziert nach der Arbeit vorbeikommen und sich bei den gewünschten Arbeitgebern zwanglos bei kostenlosen Softdrinks und Snacks über neue Perspektiven informieren können. Alle Arbeitgeber treten vor Ort in gleich großen Lounges auf.

EVENT-TIPP

10.000 Chancen
JOB CHANGER Afterwork-Event
für berufliche Neuorientierung
21. November 2023, Marx Halle, Wien
14 bis 21 Uhr. www.jobchanger.at

„Refugee Talents“: Geflüchtete als Mitarbeiter gewinnen

Die Industriellenvereinigung hat an einem Leitfaden mitgewirkt, der Unternehmen bei Onboarding und Integration geflüchteter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt.

Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist derzeit eine der zentralen Herausforderungen für Österreichs Betriebe. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist der heimische Arbeitsmarkt auf Zuwanderung angewiesen. Es geht einerseits darum, Österreich für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland attraktiver zu machen. Andererseits geht es um die nachhaltige Integration von Geflüchteten am Arbeitsmarkt und deren praxisnahe Berufsausbildung. Die Beschäftigung von geflüchteten Menschen hat auch für Betriebe Vorteile, da sie im Sinne der Vielfalt neue Perspektiven einbringen und häufig eine höhere Betriebstreue zeigen

– Mehrsprachigkeit fördert zudem kreatives, innovatives Denken und Flexibilität.

Vom Recruiting bis zur Sprache

Ein Leitfaden, der unter dem Titel „Refugee Talents“ von der WU Wien in Zusammenarbeit mit IV und WKO erarbeitet wurde, unterstützt Unternehmen nun beim Recruiting, Onboarding und bei der Beschäftigung geflüchteter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei geht es beispielsweise um die Frage, wie bzw. wo Unternehmen arbeitssuchende Flüchtlinge finden. Neben dem AMS spielen dabei Vereine eine zentrale Rolle. Der Leitfaden bietet neben praxisnahen Tipps auch eine Liste entsprechender Plattformen, die sich für eine

Kooperation anbieten. Daneben enthält „Refugee Talents“ praktische Hinweise zum Onboarding und für den Umgang mit kulturellen Unterschieden und sprachlichen Barrieren.



EVENT-TIPP

Präsentation „Refugee Talents“
mit Podiumsdiskussion
27. Juni 2023, ab 18:30
ÖBB Infrastruktur
1020 Wien, Lassallestraße 5,
EG, Bahn Bistro.
Anmeldung:



“Wir stellen die Weichen für die digitale Zukunft Österreichs”

Staatssekretär Florian Tursky im Interview über den Digital Austria Act, den Fachkräftemangel im IT-Bereich und Rahmenbedingungen für den Einsatz Künstlicher Intelligenz.

Als Staatssekretär haben Sie sich zum Ziel gesetzt, Österreich unter die Top-5-Digitalnationen in Europa zu führen. Welche Maßnahmen planen Sie, um dieses Ziel zu erreichen?

Tursky: Erst kürzlich haben wir als Bundesregierung den Digital Austria Act mit 117 Maßnahmen und 36 Grundsätzen vorgestellt. Mit diesem stellen wir die Weichen für die digitale Zukunft Österreichs. Die Schwerpunkte des Digital Austria Act sind ressortübergreifend und betreffen alle Lebensbereiche der Menschen. Mit diesen Maßnahmen wird es uns gelingen, in den nächsten Jahren zu den Top-5 Digitalnationen der Europäischen Union vorzustoßen, denn nur durch den Ausbau leistungsstarker Infrastruktur und die gezielte Weiterentwicklung moderner Verwaltungsservices und dem Ausbau digitaler Kompetenzen können wir das Beste für unser Land herausholen.

Besonders wichtig sind auch die digitalen Kompetenzen der Bevölkerung, denn nur mit ausreichenden Digitalkompetenzen können die Chancen der digitalen Transformation auch genutzt werden. Mit der digitalen Kompetenzoffensive ist bereits ein nationaler Kraftakt für den Ausbau der digitalen Fähigkeiten gelungen, an dem Bund,

Länder und Sozialpartner mitwirken. Auch beim 5G-Ausbau tragen die massiven Investitionen und Anstrengungen der letzten Jahre Früchte: Mittlerweile verfügen beinahe 100 Prozent der Haushalte über eine 4G und 95 Prozent über eine 5G-Abdeckung. Damit sind wir auch international gesehen sehr gut unterwegs und können unserer Industrie schnelles Internet für eine optimale Wettbewerbsfähigkeit anbieten.

Im Bereich der Künstlichen Intelligenz erleben wir aktuell einen regelrechten Boom. Wie kann die österreichische Industrie davon profitieren?

Künstliche Intelligenz hat sich in den letzten Jahren als eine der Schlüsseltechnologien und Antriebskraft der fortschreitenden Digitalisierung herauskristalliert. Künstliche Intelligenzen können Produktivitätssteigerungen, Prozessoptimierungen oder Innovationen in Form von neuen Produkten und Diensten über alle Branchen und Wirtschaftszweige hinweg befördern. Es ist wichtig, das erforderliche Fachwissen und die entsprechenden Kompetenzen zu fördern, um die Vorteile, die diese Technologie mit sich bringt, nutzen zu können. Der Mangel an Know-how und Rechtssicherheit ist eine der größten Herausforderungen bei

der Implementierung von KI in Unternehmen. Insbesondere KMUs brauchen rechtliche Klarheit, um ihre Innovationskraft entfalten zu können. Dies haben wir ebenfalls im Digital Austria Act verankert.

Die Anwendung von KI-Lösungen birgt auch Risiken. Welche rechtlichen Rahmenbedingungen braucht es, um diese zu minimieren?

Künstliche Intelligenz muss in einen ethischen und rechtlichen Rahmen eingebettet sein und sich am Wohl der Menschen orientieren. Mit dem Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission zur Regulierung von hochriskanten KI-Systemen, dem sogenannten AI Act, ist ein erster Schritt zu einem klaren, aber flexiblen Rechtsrahmen für KI geschaffen worden. Er soll Innovationen fördern und gleichzeitig ein hohes Maß an Schutz und Sicherheit gewährleisten. Der AI Act zielt darauf ab, klare Regeln für den Einsatz von KI in der EU festzulegen, um sicherzustellen, dass diese Technologie sicher eingesetzt wird und der Mensch im Mittelpunkt steht. Im Mai 2023 haben sich nun die zuständigen Ausschüsse im Europäischen Parlament auf die Änderungsvorschläge zum AI Act geeinigt, damit ist der Weg für die Abstimmung im EU-Parlament Mitte Juni frei. Auf nationaler

Ebene wurde bereits mit den Vorbereitungen zur Umsetzung des AI Acts begonnen.

Drei Viertel der Industrieunternehmen leiden unter einem Fachkräftemangel im IT- und Digitalisierungsbereich. Wie kann die digitale Kompetenzoffensive der Bundesregierung Abhilfe schaffen?

In einem bundesweiten Dialog eine Strategie für digitale Kompetenzen erarbeitet, die noch im Juni 2023 präsentiert wird. Ein wesentlicher Schwerpunkt waren neben der Steigerung der Basiskompetenzen natürlich auch die Erhöhung der IT-Fachkräfte. Das Thema ist sehr vielschichtig: es reicht von Fragen der Ausbildung und Talentförderung über Berufsorientierung bis zu den rechtlichen Rahmenbedingungen beispielsweise bei Fachkräften aus dem Ausland. Dazu erheben wir aktuell in einer Studie mit der Universität für Weiterbildung Krems die Wirksamkeit von aktuellen Programmen und Maßnahmen in diesem Bereich. Daraus wollen wir entsprechende Rückschlüsse ableiten, wo wir ansetzen müssen. Wir planen dazu die Ausarbeitung eines Schwerpunktprogramms, wo wir alle relevanten Beteiligten zur Mitwirkung einladen werden – selbstverständlich auch die IV als wesentlichen Player in diesem Bereich.



Digital Austria Act – Arbeitsprogramm für digitalisierungsfittes Österreich präsentiert

Die Regierung plant eine stärkere Förderung von digitalen Schlüsseltechnologien und eine digitale Kompetenzoffensive.

Mit dem Digital Austria Act zielt die Bundesregierung darauf ab, die digitale Transformation in Österreich zu beschleunigen. Das 117 Maßnahmen und 36 Grundsätze umfassende Paket adressiert dafür breite Digitalisierungsthemen - vom Ausbau von E-Government, über die Stärkung von digitalen Infrastrukturen, bis zur Forcierung digitaler Innovation und digitaler Kompetenzen. Hervorzuheben ist das enthaltene Bekenntnis zur Förde-

rung von digitalen Schlüsseltechnologien. Die Regierung plant etwa die Ausweitung von Förderungen für KI- Grundlagenforschung sowie die Stärkung der angewandten Forschung, ebenso wie den Aufbau eines KI-Ökosystems aus Unternehmen, Wissenschaft und Forschung voranzutreiben - was einer langjährigen IV-Forderung entspricht. Zudem sollen auch Schlüsseltechnologien in den Bereichen Chips/Halbleiter, Weltraum und Quanten stärker gefördert werden. Gerade im Wettlauf um Technologieführer-

schaft ist die aktive Beteiligung Österreichs an europäischen und internationalen Initiativen, wie dem EU-Chips Act, aber auch an Initiativen zu Weltraum, Quanten, Künstliche Intelligenz und Daten erforderlich.

Anteil an IT-Fachkräften steigern

Die digitale Transformation erfordert neue Skills und Kompetenzen. Begrüßt wird daher die Umsetzung der digitalen Kompetenzoffensive mit dem Ziel, digitale Skills in der Bevölkerung zu erhöhen und den Anteil an

IT-Fachkräften in Österreich zu steigern. Dies ist ein wichtiger Schritt, um dem Fachkräftemangel, der auch besonders im IT-Sektor bemerkbar ist, entgegenzuwirken. Damit der Digital Austria Act seine volle Wirkung entfalten kann, wird es entscheidend sein, eine ausreichende Budgetierung der festgelegten Vorhaben sicherzustellen. Nur durch eine angemessene Finanzierung kann die Umsetzung wichtiger Schwerpunkte und Maßnahmen für den Technologie- und Wirtschaftsstandort ermöglicht werden.



ÖSTERREICH UNTE

Die Abgabenlast ist in Österreich über Jahrzehnte hinweg stärker gestiegen als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Die Folgen sind spürbar.

Österreich ist ein Hochsteuerland. Der Vergleich macht sicher: Laut aktueller EU-Frühlingsprognose dürfte Österreich mit einer Abgabenquote von 43,2 Prozent des BIP 2023 wieder auf Platz vier von 27 landen. Nur in Frankreich, Belgien und Dänemark ist die Belastung der Abgaben noch höher. Beim Spitzensteuersatz liegt Österreich innerhalb der Eurozone sogar ganz vorn und nach Dänemark – von jedem verdienten Euro gehen mit einem Grenzsteuersatz von 55 Prozent 55 Cent an den Staat. Was bedeutet das? Einerseits, dass in Österreich viel Geld in das Sozialsystem fließt. Das hat andererseits jedoch auch eine Kehrseite und belastet den Produktionsstandort Österreich zunehmend.

Die Abschaffung der kalten Progression bringt perspektivisch eine Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer. Seit dem heurigen Jahr werden die Steuerstufen in Österreich der Inflation angepasst und das bringt laut Budgetbericht bereits in den Jahren 2023 und 2024 eine Entlastung von 5,4 Milliarden Euro. Davon unberührt bleiben jedoch die Sozialversicherungsbeiträge, die im Unterschied zur Lohnsteuer nicht progressiv gestaltet sind. „Trotz der Abschaffung der kalten Progression verharrt die Abgabenquote Österreichs im EU-Vergleich auf viel zu hohem Niveau. Hier sind dringend weitere Entlastungen notwendig, damit sich unsere exportorientierte Industrie im

internationalen Wettbewerb behaupten kann und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr im Börserl bleibt“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Sozialversicherungsbeiträge

Zahlen der OECD zeigen, dass die hohe Abgabenlast in Österreich vor allem auf kräftige Anstiege der Sozialversicherungsbeiträge in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen ist. Die Beitragsquote zur Sozialversicherung ist von 1965 bis 2020 nach Berechnungen der IV um 7,2 Prozent des BIP gewachsen. Der Anstieg der Abgabenquote geht damit hauptsächlich auf die Sozialversicherungsbeiträge und nicht einmal zu einem Fünftel auf die Steigerung der Steuerquote zurück (Anstieg um 1,5 Prozent des BIP). Das bedeutet, dass die Kosten des Sozialsystems in Österreich rascher wachsen als die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes. Der lange Betrachtungszeitraum von 55 Jahren zeigt, dass es sich um ein strukturelles Problem handelt und die hohe Abgabenlast in Österreich Ergebnis eines langen Prozesses ist, der sich immer stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes auswirkt.

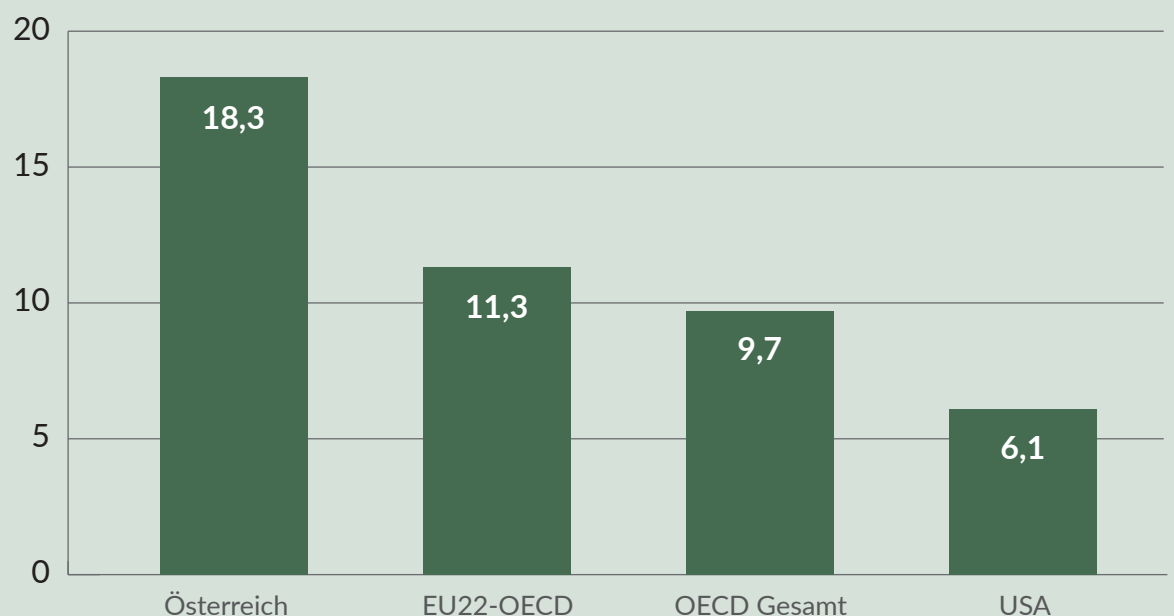
Steigen die Kosten für den Faktor Arbeit schneller als die wirtschaftliche Leistung, bringt das vor allem die exportorientierte Industrie im Wettbewerb mit anderen Ländern unter Druck. Im Jahr 2020 lagen die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen und

Lohnsummenabgaben in Österreich bei 18,3 Prozent des BIP und damit um 7,1 Prozentpunkte höher als der Durchschnitt der 22 EU-Länder in der OECD und um 12,2 Prozentpunkte höher als in den USA.

Spürbare Folgen

Die Transferleistungen, mit denen Österreich das Sozialsystem finanziert, müssen zunächst erwirtschaftet werden. Fast die Hälfte der Arbeitskosten bestehen in Österreich aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam leisten. Dieser Abgabenkeil, also die Differenz zwischen dem Betrag, den Arbeitgeber als Arbeitskosten tragen und jenem Betrag, den Arbeitnehmer als Nettoeinkommen erhalten, wirkt einer Ausweitung des Arbeitsangebots entgegen. Ein Single mit Durchschnittsverdienst zahlte in Österreich zuletzt 47,8 Prozent seines Gehalts für Steuern und Sozialbeiträge an das Finanzamt. Dieser Abgabenkeil liegt im OECD-Schnitt mit 34,6 Prozent deutlich darunter und ist nur in Deutschland und Belgien höher. „Das verteuert den Faktor Arbeit und sorgt dafür, dass es sich immer weniger lohnt, mehr oder in manchen Fällen überhaupt zu arbeiten. Dadurch haben wir angebotsseitig ein Problem am Arbeitsmarkt, welches zu einer Verschärfung der Arbeits- und Fachkräfteknappheit bringt“, sagt IV-Chefökonom Christian Helmenstein. „Es muss sich auch finanziell auszahlen, mehr zu arbeiten“.

SV-Beiträge und Lohnsummenabgaben in Österreich in % des BIP (2020)
im Vergleich zu den EU-Staaten der OECD, der OECD gesamt und den USA



R ABGABENDRUCK



DIE ABSCHAFFUNG DER „VERDECKTEN STEUERERHÖHUNG“

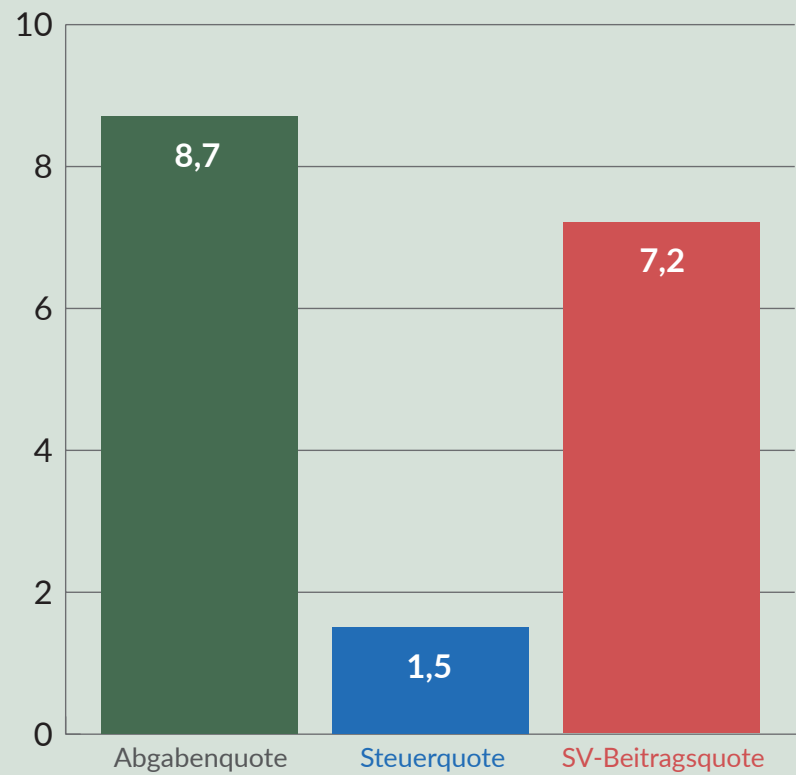
Die Abschaffung der kalten Progression bringt eine weitreichende Entlastung und sorgt dafür, dass Lohnerhöhungen auch tatsächlich bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommen.

Die Abschaffung der kalten Progression setzt ab 2023 einem leistungsfeindlichen Phänomen des österreichischen Steuersystems ein Ende. Dabei geht es um ein Zusammenspiel aus Inflation und dem „progressiv“ gestalteten Steuersystem, bei dem der Steuersatz höher ist, wenn man mehr verdient – dadurch kam es jährlich zu einer „verdeckten Steuererhöhung“. „Jedes Mal, wenn Unternehmen Lohnerhöhungen auszahlen, nascht der Staat bei gleichbleibenden Tarifstufen unverhältnismäßig mit“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. „Daher ist die Abschaffung der kalten Progression ein zentraler und wesentlicher Schritt zur Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“.

Durch die Abschaffung müssen die Tarifstufen bzw. teilweise auch die Absetzbeträge jährlich an die Inflation angepasst werden. Automatisch erfolgt diese Anpassung um zwei Drittel der Inflation bei wesentlichen Teilen der Einkommensbesteuerung – allen voran die Grenzbeträge für Tarifstufen und Absetzbeträgen.

Das verbleibende Drittel gibt dem Gesetzgeber Spielraum, um flexibel auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren. Die Absetzbeträge werden um die von IHS und Wifo berechnete Inflationsrate angepasst, die Grenzbeträge für die untersten beiden Tarifstufen um 6,3 Prozent erhöht. Dadurch sollen niedrige und mittlere Einkommen stärker entlastet werden. Insgesamt erwartet man sich dadurch eine Entlastung von über 20 Milliarden Euro bis zum Jahr 2026. „Das ist in unserem Interesse als Arbeitgeber, dass Lohnerhöhungen auch tatsächlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ankommen und nicht der Staat überproportional davon profitiert“, so Neumayer.

Anstieg der Abgabenquoten zwischen 1965/2020 in % des BIP



IV-FORDERUNGEN ZUR ENTLASTUNG

1. Steuerfreistellung von 20 Überstunden – wer mehr leistet, soll auch belohnt werden
2. Leistungsbonus im Alter – länger arbeiten muss sich lohnen
3. Attraktivierung der Vollzeitarbeit – aus der Teilzeit in die Vollzeit
4. Einführung einer Ausbildungsprämie: Kostenersatz für Lehrlingsausbildung – Ausbilden soll sich auszahlen
5. Belohnung der Nachtarbeit – wer spät arbeitet, zahlt weniger Steuern
6. Senkung der Lohnnebenkosten auf deutsches Niveau
7. Senkung der Abgabenquote in Richtung 40 Prozent
8. Abschaffung diverser Bagatellsteuern, die im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand ein vergleichsweise geringes Steueraufkommen aufweisen
9. Weitere Senkung der Körperschaftssteuer auf 21 Prozent (europäisches Mittelfeld)
10. Wiedereinführung der Behaltefrist



“Wertschöpfung im Weltraumbereich in Österreich sicherstellen”

Georg Kopetz ist Mitbegründer und CEO von TTech, einem in Wien gegründeten Hightech-Unternehmen, das im Weltraumsektor führend ist. Im Interview spricht er über das Potenzial der Raumfahrt für Österreichs Industrie.



TTTech-CEO Georg Kopetz

Welche Bedeutung hat der Weltraum und welche Potenziale sehen Sie im Raumfahrtsektor?

Kopetz: Die Weltraumindustrie war immer schon ein Innovationsmotor – viele Hightech-Entwicklungen aus der Raumfahrt, wie

Photovoltaik oder Mikroelektronik, sind heute Alltag. Satelliten sind die Grundlage für Kommunikation, Klima- und Erdbeobachtung aber auch die Vernetzung für das hochautomatisierte und autonome Fahren sowie das Internet of Things (IoT). Der Markt wächst stark und soll laut Analysen bis 2040 ein Volumen von einer Billion Dollar erreichen. Vor allem privat finanzierte Start-Ups und Scale-Ups wie Blue Origin von Jeff Bezos oder SpaceX von Elon Musk, erhöhen die Marktchancen, beflügeln zugleich aber auch die Konkurrenz in Nordamerika und Asien.

Als Hightech-Unternehmen in der Raumfahrt – welche technologischen und wirtschaftlichen Chancen sehen Sie für Österreichs Unternehmen?

TTTech als europäisches Technologieunternehmen mit Headquarter in Wien konnte sich mit führender Netzwerktechnologie für die bemannte Raumfahrt am globalen Markt etablieren und ist Teil

großer Weltraumprogramme wie NASA Orion, NASA Artemis und ESA Ariane 6 sowie Programmen in Japan. Im Weltraumsektor kann Österreich mit seiner Technologie und seinen gut ausgebildeten Arbeitskräften eine wichtige Rolle unter den globalen Innovations- und Technologieführern einnehmen. Der Sektor schafft nachhaltig und kontinuierlich Arbeitsplätze, auch entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Wie sehen Sie Europa im hochkompetitiven Weltraumsektor aufgestellt und welche Rolle spielt die European Space Agency (ESA) aus Ihrer Sicht?

Europa muss die Entwicklung neuer Technologien für den Weltraumsektor fördern und priorisieren, um nicht hinter große Player wie in Asien oder den USA zurückzufallen. Die EU und ESA ziehen bei der Kommerzialisierung des Sektors an einem Strang und sind Treiber dieser Kommerzialisierung, die zusätzliche Wertschöpfung in Europa schaffen

soll. Die ESA nimmt eine tragende Rolle ein, muss aber ausreichend über Beiträge der einzelnen Länder finanziert werden. Nur das, was eingezahlt wird, kann auch über ESA-Projektumsätze zurückfließen und für österreichische Unternehmen ein Vielfaches an Exportumsätzen generieren.

Österreich hat eine Weltraumstrategie 2030+ Mensch, Klima, Wirtschaft. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie in Österreich kurzfristig, welchen mittel- bis langfristig?

Die Weltraumstrategie 2030+ ist ein wichtiger Schritt. Die Industrie war in die Erstellung eng eingebunden und die ersten Maßnahmen wurden auch bereits mit der Erhöhung des ESA-Budgets seitens der Bundesregierung gesetzt. Jetzt gilt es, die gute strategische Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand wie dem BMK oder der sehr stark engagierten FFG noch weiter zu stärken, um die Wertschöpfung im Weltraumbereich auch langfristig in Österreich sicherzustellen.

Zwei Meilensteine für die energieintensive Industrie

Mit der Weichenstellung für die Strompreiskompensation und dem Start der Transformationsoffensive werden zwei wichtige Forderungen der heimischen Industrie umgesetzt.

Einstieg in die Strompreiskompensation

Das Modell der Strompreiskompensation gibt EU-Staaten bereits seit 2013 die Möglichkeit, sehr stromintensiven Unternehmen einen Teil der politisch verursachten, indirekten CO₂-Kosten zu erstatten, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. 15 EU-Länder machen davon bereits Gebrauch und haben das Instrument größtenteils bis 2030 notifizieren lassen – Österreich zählte bisher nicht dazu. Umso positiver bewertet die IV, dass mit der Strompreiskompensation für 2022 der Einstieg in dieses Instrument nun auch in Österreich umgesetzt werden konnte.

„Österreich schließt endlich auf und behebt so einen eklatanten Wettbewerbsnachteil für die heimischen Unternehmen gegenüber der Konkurrenz in und außerhalb Europas zunächst zumindest für ein Jahr“, so IV-Präsident Georg Knill. Unerlässlich sei nun die Notifizierung über 2022 hinaus bis 2030, um den Unternehmen eine Planungssicherheit

zu geben. Ausständig sind zudem noch die Rahmenbedingungen für den bereits angekündigten Energiekostenzuschuss II.

Förderschienen für Transformation

Gleichzeitig freut sich die Industrie über den Start des ersten Calls der Transformationsoffensive. Das Volumen von rund drei Milliarden Euro sowie die langfristige Planungssicherheit bis 2030 und darüber hinaus sind gute Grundlagen für eine wirkungsvolle neue Förderschienen. Knill: „Gerade jene Unternehmen, die bereits heute enorme Anstrengungen unternehmen, um künftig noch klimaverträglicher zu produzieren und die gleichzeitig in einem zu ihren Lasten verzerrten, internationalen Wettbewerb stehen, werden mit diesem Instrument unterstützt“. Das Instrument solle konsequent weiterentwickelt werden mit dem Ziel, alle zukunftsweisenden Transformationsprojekte in allen relevanten Industrien abzuholen, um das Beste für den Klimaschutz und den Standort zu erreichen.

Anbindung des Hafens Koper auf der Schiene im Fokus

Der slowenische Hafen Koper gewinnt immer mehr an Bedeutung. Damit steigen auch die Ansprüche an die Schieneninfrastruktur im In- und Ausland.

Der slowenische Hafen Koper ist für die österreichische Wirtschaft der mit Abstand wichtigste europäische Hafen. Die Nähe zum Suezkanal und zu Zentraleuropa machen Koper zunehmend auch für Bayern, Tschechien und die Slowakei attraktiv – der Einzugsbereich weitet sich in Richtung Norden aus. Koper hat bereits massiv in Seeumschlagskapazitäten, Logistikkompetenz und Straßenanbindung investiert. Das erhöht den Druck, in der Schieneninfrastruktur im In- und Ausland nachzuziehen und rückt damit auch die Eisenbahnrouden im Osten Österreichs in den Fokus.

Das Wirtschaftsforschungsinstitut Economica hat im Auftrag von IV und Zentralverband Spedition & Logistik die Bedeutung einer leistungsfähigen Schieneninfrastruktur für den Güterverkehr zwischen dem Hafen Koper und Österreich untersucht. Der Modal Split zugunsten der Straße bleibt laut Studie ausgeprägt, weil es dort seltener zu Kapazitätsengpässen kommt und das hohe Strompreinsniveau

dem Schienentransport zusetzt. Insbesondere für ein Binnenland wie Österreich sei die Hinterlandanbindung von Häfen auf der Schiene von Bedeutung. Neben einigen Maßnahmen in Slowenien, sind in Österreich für die Anbindung vor allem die für 2030 geplante Fertigstellung des Semmeringbasistunnels und der in der Vorplanungsphase befindliche, zweigleisige Ausbau der Strecke Spielfeld-Straß – Werndorf inklusive Umbau des Bahnhofs Spielfeld-Straß entscheidend. Die ÖBB setzen sich darüber hinaus international stark für den Abbau von Hürden im Betrieb des grenzüberschreitenden Schienengüterverkehrs ein.



IV-Diversitätspreis: Österreichs Industrie ist divers

Diversität ist Wettbewerbsfaktor und wichtiger gesellschaftlicher Beitrag. Die IV zeichnet engagierte Unternehmen mit einem neuen Preis aus.

Diversität ist nicht mehr nur ein Zukunftsthema, sondern ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Viele Unternehmen setzen in Österreich bereits auf Diversität und arbeiten mit konkreten Maßnahmen daran, die klügsten Köp-

fe mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen zu gewinnen. Damit sich das Potenzial von diversen Teams optimal entfalten kann, ist eine entsprechende Unternehmenskultur unerlässlich. Industrieunternehmen, die eine solche

Kultur schaffen, stärken nicht nur den Wirtschaftsstandort Österreich, sondern leisten darüber hinaus auch einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Dieses Engagement soll mit dem neu geschaffenen IV-Diversitätspreis in den Kategorien,

Geschlecht, Alter, Herkunft / ethnische Zugehörigkeit sowie Inklusion / Menschen mit Beeinträchtigung ausgezeichnet werden. Einreichungen werden in Kürze entgegengenommen, die Verleihung wird Ende des Jahres in feierlichem Rahmen stattfinden.

Junge Industrie: Neues Kinderbuch bricht mit alten Rollenbildern

MINTality Stiftung, Junge Industrie, Technisches Museum Wien und Projekt Bakabu bündeln Kräfte, um mehr Kinder – vor allem Mädchen – für Technik zu begeistern.

Am 22. Mai 2023 wurde das neue Kinderbuch „Bakabu – Abenteuer in MINTmäusen“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Autor Ferdinand Auhser erweckte in der Vorlesestunde Minty Maus und die anderen Charaktere zum Leben und begeisterte damit nicht nur die Kinder. Die Kinderbuchreihe Bakabu unterstützt schon seit langem die frühsprachliche Förderung von Kindern, während sich das Technische Museum Wien, die JI und die MINTality Stiftung ebenfalls stark dafür einsetzen, unseren Kleinsten den Umgang mit Technik näher zu bringen. Herausgekommen ist ein mitreißendes Kinderbuch als Werkzeugkasten für MINT-Erlebnisse (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik).

Kinderbuch als Werkzeugkasten für MINT-Erlebnisse

Unter der Federführung von Autor Ferdinand Auhser und Ohrwurmschreiber Manfred Schweng sind elf Kinderlieder und zehn Experimente entstanden, die verpackt in eine Geschichte als Buchform allen Kindergärten in den nächsten Wochen österreichweit kostenfrei zur Verfügung stehen werden. Das Buch richtet sich an Kinder im Kindergartenalter sowie an deren wichtigste Bezugspersonen: Eltern, Familienmitglieder sowie Pädagogen. Letzteren soll es es als Werkzeug und Inspiration für die Arbeit in der Gruppe dienen. Die Lieder und Experimente sind in das Buch integriert und somit einfach verfügbar. „Mit „Abenteuer in MINTmäusen“ wollen wir einen möglichst niederschweligen und

freudvollen Einstieg in die Welt von MINT anbieten. Und mit Minty Maus haben wir ein Mädchen als freche junge Hauptfigur in der Erzählung, die sich bereits hervorragend mit MINT auskennt und in Mimi Lou eine gleichgesinnte Freundin findet. Damit schaffen wir in der Erzählung zusätzliches Identifikationspotenzial für Mädchen.“, erklärt Ferdinand Auhser, Autor der Bakabu-Reihe.

Elementarpädagogik: wichtiger Hebel in der Bildungslandschaft

„Unsere Kinder sind die Zukunft Österreichs. Umso wichtiger ist es, ihnen die bestmögliche Bildung zu bieten. Gerade in jungen Jahren sind Kinder unglaublich wissbegierig. Die MINT-Welt bietet ihnen die Möglichkeit, ihren natürlichen Forscherdrang auszuleben und zeigt auf, dass sie alles erreichen können – auch Raketen bauen“, so Julia Aichhorn, JI-Bundvorsitzende der Jungen Industrie. „Mit „Bakabu – Abenteuer in MINTmäusen“ werden diese Chancen für unsere Kleinsten in eine großartige Geschichte verpackt und spielerisch vermittelt.“

MINT und Mädchen

Das Buch folgt dem Trend, mit alten Rollenbildern zu brechen, die sich insbesondere im MINT-Bereich zum Nachteil von Mädchen und jungen Frauen hartnäckig halten. Eine aktuelle Studie im Auftrag der MINTality Stiftung, entwickelt und durchgeführt von der FH Hagenberg in Oberösterreich, zeigt, dass Mädchen bereits in frühen Jahren erste entmutigende Berührungspunkte mit MINT-Themen haben. „Die Wissenschaft bestätigt: Mädchen und Burschen sind technisch gleich begabt. Dennoch werden Stereotype weitergetragen, die Mädchen den Mut verlieren lassen, sich mit diesem Bereich zu beschäftigen. Dieser Zustand ist schlicht untragbar und schadet jungen Frauen genau wie unserer gesamten Gesellschaft“, erklärt Therese Niss, Vorständin der MINTality Stiftung.

Das Technische Museum Wien (TMW) als Pionier der MINT-Vermittlung

Eine der Kernkompetenzen des TMWs ist es, naturwissenschaftliche und technische Phänomene spielerisch begreifbar zu machen. „Für das Weiterbildungsprogramm „Technik kinderleicht!“ und die gleichnamige Publikation wurden zahlreiche interaktive und niederschwellige Experimente zusammengestellt, die Pädagog:innen dabei unterstützen, kindliche Neugier und Entdeckungsdrang zu fördern. Das Museum freut sich sehr, dass einige dieser Experimente nun auch im Buch „Bakabu – Abenteuer in MINTmäusen“ in Kindergärten in ganz Österreich zur Verfügung stehen und so viele weitere Kinder für MINT-Themen begeistern können“, ergänzt Peter Aufreiter, TMW-Generaldirektor des Technischen Museums Wien.



MINT in der Elementarpädagogik

Es ist Zeit, den einfachsten Hebel in der Bildungslandschaft zu nutzen.

Beim Ziel sind wir uns alle einig. Wir brauchen mehr gut ausgebildete Menschen in Österreich und müssen die Frauenquote in technischen Jobs (massiv) erhöhen. Dabei denken die meisten vielleicht im ersten Moment an eine Schulreform, Ausbau von berufsbildenden Schulen oder neu geschaffenen Studiengänge. Das sind natürlich wichtige Ansätze. Den Grundstein für eine erfolgreiche technische Karriere legen wir allerdings schon bei unseren Kleinsten: „In der Elementarpädagogik. Und da brauchen wir einen massiven Ausbau.“

Die Grundlage für ein erfolgreiches Leben wird in den ersten Jahren gelegt. Kinder sind von Natur aus neugierig, dies umfasst selbstverständlich auch Naturwissenschaften und Technik. Diesen angeborenen Forschungsdrang der Kinder, und insbesondere jenen der Mädchen, gilt es, von klein auf zu fördern, genauso wie ihre digitalen Grundkompetenzen. Darum müssen MINT-Inhalte ausdrücklich im Bildungsrahmenplan und in den anwendbaren Bildungsplänen der Länder verankert und auch mehr Stunden für MINT-Ausbildung in den BAFEP-Lehrplänen vorgesehen werden.

Die Junge Industrie geht bei diesem Thema mit gutem Beispiel voran und hat gemeinsam mit dem Technischen Museum Wien das Ausbildungsprogramm „Technik kinderleicht“ für Pädagog:innen ins Leben gerufen, das genau auf die Stärkung dieser Kompetenzen abzielt.

Mit unserem neuesten Projekt „Bakabu – Abenteuer in MINTmäusen“ haben wir die Inhalte von „Technik kinderleicht“ nun in eine fesselnde Geschichte verpackt und als Kinderlieder vertont. So geht Kinderbildung!

Julia Aichhorn, Bundvorsitzende der Jungen Industrie



Buchautor Ferdinand Auhser bei der Lesung aus „Bakabu – Abenteuer in MINTmäusen“



Bundvorsitzende Julia Aichhorn mit den Projektpartnern bei der Präsentation des neuen Kinderbuches

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
 Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Sophie Mayr. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: VVA – Vorarlberger Verlagsanstalt, 6850 Dornbirn. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten/CIC, IV-NÖ/TSA, IV-OÖ, IV-Salzburg/Schwaighofer, IV-Steiermark/Land Steiermark, IV-Tirol/istock, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Julia Geiter

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Ist „Made in Europe“ noch zu retten?

Ist vor dem Hintergrund unterbrochener Lieferketten, ausufernder Subventionen und der Abschottung großer Wirtschaftsblöcke ein auf marktwirtschaftlichen Prinzipien basierender, globaler Handel noch möglich und wenn ja, welche Rolle wird Europa darin spielen? Darüber diskutierten die Teilnehmer des Industrie-Marketing-Gesprächs in der voestalpine Stahlwelt.

Die Globalisierung hat schon bessere Zeiten erlebt, stellte Joachim Haindl-Grutsch zu Beginn des bereits 14. Industrie-Marketing-Gesprächs fest, einer gemeinsamen Veranstaltung des Marketing Clubs Linz mit der Industriellenvereinigung (IV) Oberösterreich. Auf geopolitische Spannungen, Kriege und andere globale Krisen, wie zuletzt die Pandemie, würden die großen Wirtschaftsmächte mit Subventionen, Abschottung und Protektionismus reagieren – also mit allem, was globalem Wohlstand und Friedenssicherung schadet. Eine gefährliche Spirale der Desintegration sei in Gang, die das Wachstum und die globale Sicherheit reduziere und die Kosten erhöhe. Nur mit globaler Zusammenarbeit und Marktwirtschaft könne eine Fortsetzung des Erfolgs für die USA, China und Europa gelingen.

Christoph Teller, Professor für Marketing- und Handelsmanagement an der JKU und Präsident des Marketing Clubs Linz, erinnerte daran, dass das heutige Qualitätslabel „made in Germany“ zur Zeit der Industrialisierung

als Warnhinweis der britischen Regierung für ihre Konsumenten eingeführt wurde. Langfristig konnten protektionistische Maßnahmen schon damals den globalen Handel nicht einschränken. Auch Dr. Monika Köppl-Turyna, Direktorin von EcoAustria, betonte in ihrer Keynote, dass sowohl die USA mit dem Inflation Reduction Act (IRA) als auch China im Rahmen ihrer Dual-Circulation-Strategie Handelspolitik mit protektionistischen Zügen betreiben würden, die EU jedoch mit ihrer neuen Industriepolitik ähnlich agiere. Aber obwohl das Ausmaß der Subventionen in der EU in etwa jenen des IRA entspricht, verliere der Industriestandort Europa im globalen Wettbewerb zunehmend an Boden. Nicht nur der Anteil am weltweiten BIP schrumpfte von 26 Prozent im Jahr 2005 auf 18 Prozent im Jahr 2020, auch der Anteil der Patente in der EU ist seit Jahren rückläufig: Er beträgt derzeit nur noch 18 Prozent, verglichen mit 30 Prozent im Jahr 1999.

Strukturreform statt Subventionen

Europa dürfe laut Köppl-Turyna aber nicht versuchen, den Wettbewerbsnachteil mit weiteren Subventionen auszugleichen, vielmehr

brauche es grundlegende Strukturreformen. Das betreffe neben einer dringend nötigen Entbürokratisierung, dem Öffnen der Arbeitsmärkte und weiterer Integration der Kapitalmärkte vor allem den Energiemarkt. Zwar hätten sich die Energiepreise seit Beginn Kriegs in der Ukraine weitgehend normalisiert, am Gasmarkt erwarte man aber für die nächsten fünf Jahre fast dreimal höhere Preise als in den USA. Während Köppl-Turyna für alle nötigen Strukturreformen die Bedeutung eines einheitlichen Vorgehens innerhalb der EU als Erfolgskriterium hervorhob, betonte Dr. Wolfgang Rapberger, Geschäftsführer von BRP Rotax, einen weiteren unverzichtbaren Faktor – die Technologieoffenheit. Man wisse im Bereich der Antriebstechnologien schlicht und einfach nicht, welche Technologie in den nächsten Jahren die vielversprechendste sein werde. Klar sei, dass sich die besten ohnehin auch ohne Verbote am Markt durchsetzen würden. Zudem wünsche sich Rapberger allgemein mehr Mut, auch beim Ergreifen von Chancen der Globalisierung. Südamerika oder Indien böten beispielsweise nicht nur enormes Marktpotenzial für europäische Unterneh-

men sondern auch potenzielle Rohstoffquellen. Man müsse sie nur mit entsprechenden Freihandelsabkommen erschließen. Laut FH-Prof. Franz Staberhofer, Logistikum-Leiter der FH Oberösterreich, führe am Ergreifen der Chancen ohnehin kein Weg vorbei. Die Lieferketten von heute seien so komplex und global vernetzt, dass auch protektionistische Maßnahmen wie jene des IRA sie nicht vollständig umleiten könnten.



Die Gastgeber des 14. Industrie-Marketing-Gesprächs: DI Dr. Joachim Haindl-Grutsch, Geschäftsführer der IV-Oberösterreich, Univ.-Prof. Dr. Christoph Teller, Präsident des Marketing Clubs Linz.

Events der IV-OÖ im Mai



Bildung.Werte.Zukunft

Zum Auftakt der Veranstaltungsreihe „Bildung.Werte.Zukunft.“ von Academia Superior in Kooperation mit der IV-OÖ diskutierte ein hochkarätig besetztes Panel in Traunkirchen darüber, auf welchen Werten und Haltungen unser Bildungssystem basieren sollte.



Erfolgsgeschichten

Im Rahmen der Optimismusgespräche, einer gemeinsamen Veranstaltung der Sparkasse OÖ und der IV-OÖ, zeigten Mag. Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß, CEO von Fronius, und Erich Wiesner, CEO von WIEHAG, wie sie mit Zuversicht nach vorne blicken und umfassend in die Zukunft investieren.



Aufbauplan Bundesheer

Im Haus der Industrie in Linz sprach Rüstungsdirektor Generalmajor Harald Vodosek über die Investitionspläne des Österreichischen Bundesheers und die Chancen, die sich daraus für die Industrie Oberösterreichs als Technologielieferant ergeben.



HR-Plattform bei KTM: Lehre im Fokus

Am 24. Mai 2023 fand die Plattform Personal- und Arbeitsmarkt der IV-OÖ in der neuen Lehrwerkstatt der KTM AG in Mattighofen statt. Das über 3.000 m² große Areal bietet ein topmodernes Umfeld für mehr als 200 Lehrlinge und ist ein echter Turbo für die Lehrlingsausbildung.



Nachhaltigen Finanzkurs für Land OÖ unbedingt fortsetzen!

Der finanzielle Spielraum muss auch für kommende Generationen erhalten bleiben, die notwendigen Investitionen in die grüne und digitale Transformation erfordern konsequentes Kostenmanagement.

Die zahlreichen Krisen seit der Finanzkrise 2007/08 haben die Rahmenbedingungen für öffentliche Haushalte in Österreich drastisch verändert. Zuletzt hat die hohe Inflation und die damit stark gestiegenen Zinsen die Situation weiter verschärft. Umso wichtiger ist eine Haushaltspolitik, die ausgeglichene Budgets über den Konjunkturzyklus sicherstellt und Neuverschuldungen vermeidet. Finanziell gesunde öffentliche Haushalte – egal ob auf Gemeinde-, Landes- oder Bundesebene – sind das Kennzeichen erfolgreicher Regionen in Europa, betonte Joachim Haindl-Grutsch, Geschäftsführer der IV-OÖ, anlässlich des am 25. Mai 2023 veröffentlichten Rechnungsabschlusses des Landes OÖ 2022.

Der finanzpolitische Kurs der oö. Landesregierung unter der Führung von Landeshauptmann Thomas Stelzer und LH-Stellvertreter Manfred Haimbuchner muss fortgesetzt werden, so Haindl-Grutsch: „Oberösterreich

steht aufgrund der nachhaltigen budgetären Sorgfalt wesentlich besser da als andere Bundesländer in Österreich. Es ist und bleibt der einzige Weg, wie unser Land die Herausforderungen der nächsten Jahre bewältigen kann ohne den kommenden Generationen einen immer schwereren Schuldenrucksack umzuhängen“, so Haindl-Grutsch. In Österreich sei es schlechte Tradition, dass es selbst in konjunkturellen Hochphasen Budgetdefizite gäbe. Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung ausgeglichene Budgets erzielt werden sowie bei Ausgaben gebremst und bei Investitionen in Zukunftsthemen Gas gegeben wird. Investitionsförderungen ist gerade auch aufgrund der hohen Inflationsdynamik Konsumförderungen mit der Gießkanne der Vorzug zu geben.

Zurückhaltung heute sichert den Spielraum für morgen

Die Inflation spült Steuern und Abgaben

in Rekordhöhe in die öffentlichen Kassen. Es braucht mutige Entscheidungen, um in Budgetbereichen mit besonders hoher Kostendynamik Effizienzsteigerungen umzusetzen, damit gleichzeitig Spielraum entsteht für notwendige Investitionen in die grüne und digitale Transformation zur Zukunftssicherung des Standorts. Es braucht die finanzpolitische Weitsicht auch, um den steigenden Schuldendienst aufgrund längerfristig höherer Zinsen und die stark steigenden Kosten aufgrund der Alterung der Bevölkerung in Zukunft bewältigen zu können.

„Die finanziellen Herausforderungen der nahen Zukunft sind enorm. Damit Oberösterreich erfolgreich bleibt, muss der nachhaltige Finanzkurs ohne neue Schulden unbedingt fortgesetzt werden“, betont Haindl-Grutsch abschließend. Es gibt weiterhin ausreichend Potenzial für Effizienzsteigerungen und Kostensenkungen in allen Budgetbereichen.

Fern der Realität

Während alle Sektoren unter dem Arbeitskräftemangel leiden und die Teuerung viel zu hoch bleibt, werden Debatten über eine 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geführt. Das ist eine Beleidigung für unsere tüchtigen Mitarbeiter.

Nachdem sich die Energiepreise auf einem hohen Niveau beruhigt haben, lieferte die oö. Industrie im ersten Quartal eine unerwartet gute Performance ab. Allerdings gab es aufgrund der gestörten Lieferketten noch Auftragsüberhänge, die mittlerweile abgearbeitet wurden.

Der Ausblick ist allerdings getrübt, die Industriekonjunktur stagniert aktuell. Die in Österreich überstrapazierte Förderpolitik nach dem Gießkannenprinzip fließt direkt in den Konsum und heizt so die Inflation weiter an. Die Energiepreise bleiben weiterhin überdurchschnittlich hoch, die Abwanderung der energieintensiven Industrie ist daher bereits in vollem Gange. Sie verlagert Aufträge und Investitionen dorthin, wo die Energiepreise niedriger sind.

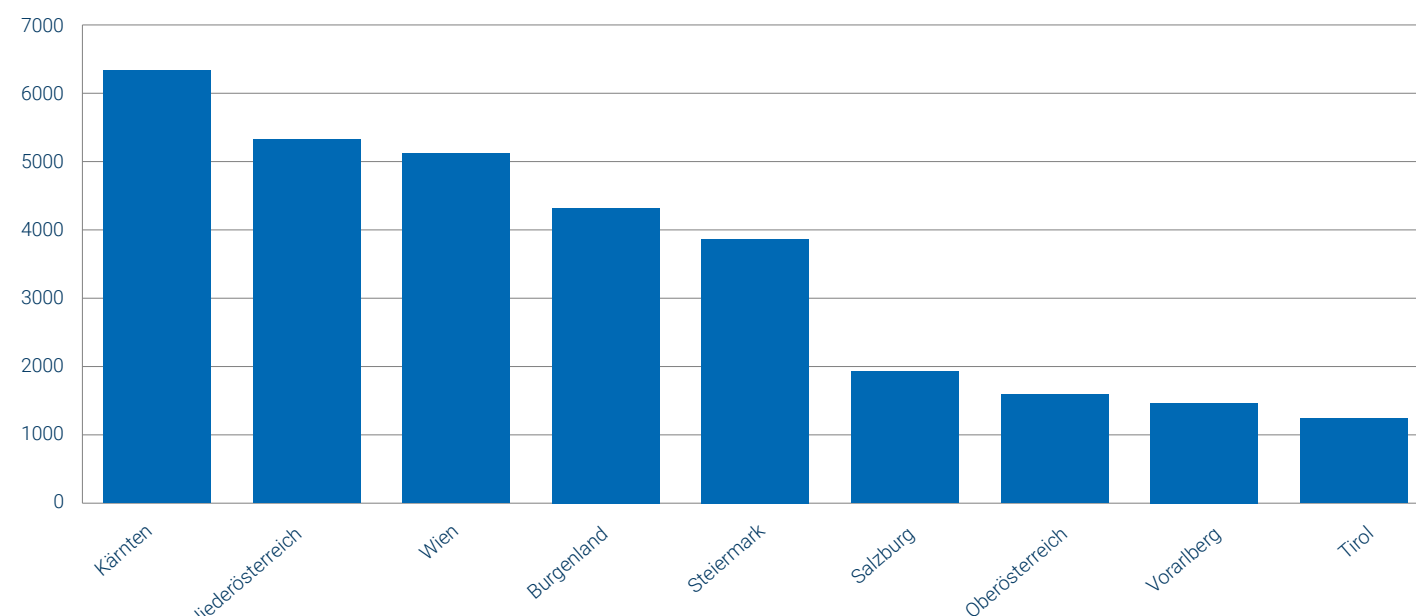
An der angespannten Situation am Arbeitsmarkt ändert das jedoch nichts. Trotzdem meinen manche, dass es jetzt an der Zeit sei, weniger zu arbeiten und fordern die 32-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die Behauptung, in 32 Stunden das gleiche leisten zu können wie eine Vollzeitstelle, ist eine Beleidigung für unsere tüchtigen Mitarbeiter. Dabei ist die Industrie noch relativ flexibel und kann international agieren. Ein Gesundheitssystem, das schon heute von Leistungseinschränkungen und langen Wartezeiten geprägt ist, können wir mit einer allgemeinen 32-Stunden-Woche nicht aufrechterhalten.

Um dem Arbeitskräftemangel effektiv entgegenzuwirken, braucht es konkrete Maßnahmen und keine unrealistischen Forderungen. Es braucht einen Bonus für Vollzeitarbeit, 20 Überstunden steuerfrei und den Wegfall von Pensionsversicherungsbeiträgen für freiwillig aktive Rentner. Obwohl die Reaktionen auf unsere Forderungen durchwegs positiv ausfielen, ist seither kein Fortschritt passiert. Es ist an der Zeit, dass die Blockade in der Bundesregierung beendet wird, die Gegenargumente sind völlig aus der Zeit gefallen.

Ihr
Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich

Pro Kopf Verschuldung der Bundesländer in €

Quelle: STATISTIK AUSTRIA. Öffentliche Finanzen. Erstellt am 31.03.2023. - Daten gemäß ESVG 2010. - Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.





Gemeinsam stärker durch Kooperation

Mehr als 17.000 Unternehmen mit 181.000 Mitarbeitern zählt Österreichs IT-Industrie aktuell. Ein Sektor, der Oberösterreich in Kombination mit seiner herausragenden Expertise in der Sachgüterproduktion zum Silicon Valley der industriellen Wertschöpfungsprozesse machen kann. Deshalb verstärkt die IV-OÖ ihre Aktivitäten zur Vernetzung der klassischen Industrie mit IT-Unternehmen.

Der Startschuss dazu erfolgte bereits am 29. April 2023, als die Industriellenvereinigung (IV) ihr neues Positionspapier „IT-Industrie – Struktur, Trends und Standortanforderungen in Österreich“ in Wien präsentierte. Darin enthalten ist zuerst ein Überblick über die IT-Landschaft Österreichs, die rund 17.400 Unternehmen umfasst und einen Produktionswert von 20,80 Mrd. Euro sowie einen mittel- und unmittelbaren Umsatz von 28,75 Mrd. Euro erreicht. Damit sichert sie in Österreich 181.000 hochqualitative Arbeitsplätze, denn die Wertschöpfung pro Beschäftigten ist in der IT-Industrie durchschnittlich höher als in der gesamten Wirtschaft. Im Positionspapier findet sich zudem ein Maßnahmenkatalog, der diesen zentralen Sektor für weiteres Wachstum und zukünftige Wettbewerbsfähigkeit rüsten soll.

Konkret wurden sieben Handlungsfelder für die erfolgreiche Digitalisierung des Standorts definiert (siehe Infokasten unten). Digitalisierung führt zu einer Steigerung der Effizienz – ein ganz zentraler Baustein im Kampf gegen den auch demografisch bedingten Arbeitskräftemangel in Europa. Digitalisierung ist auch notwendig, um die grüne Transformation voranzutreiben und ermöglicht somit Nachhaltigkeit. All das ist aber nur in einer Symbiose zwischen der klassischen Industrie und der IT-Industrie möglich, in der Wertschöpfungspotenziale gehoben werden und der Industriestandort damit zukunftsfähig bleibt.

Infrastruktur und Regulatorik

Um diese Symbiose zu ermöglichen, lud die IV-OÖ am 16. Mai Vertreter der klassischen sowie der IT-Industrie zum Roundtable Digitalisierung. Neben der Bildung identifizierte Staatssekretär Florian Tursky zwei zentrale Handlungsfelder des Staats bei der digitalen Transformation – Infrastruktur und Regulatorik. Im Bereich der mobilen Infrastruktur befindet sich Österreich im europäischen Spitzenfeld, 95 Prozent aller Einwohner hätten theoretisch bereits Zugang zu 5G-Netzen. Bei der stationären Netzinfrastruktur, dem Glasfasernetz, gäbe es allerdings noch Ausbaubedarf. Die deutlich größere Herausforderung wäre aber der Aufbau einer europäischen Dateninfrastruktur. Schließlich gehe es dabei um die Frage, wie Europa die Hoheit über die eigenen Daten erhält, denn aktuell ist keiner der großen Cloud-Services in Europa beheimatet. Regulatorik im digitalen Raum – vor allem im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) – hält Tursky für unerlässlich, allerdings dürfe diese nicht die Innovationskraft heimischer Unternehmen hemmen.

Eine Servicestelle für Digitalisierung müsse Teil jeder Regulatorik sein, in der nicht das nachträgliche Strafen im Vordergrund steht, sondern das präventive Beraten für die Entwicklung rechtskonformer Lösungen.

Win-Win-Situation

In der anschließenden Diskussion betonten alle Beteiligten die Bedeutung der Kooperation zwischen klassischer und IT-Industrie. Europa habe nach wie vor enormes Know-How und damit Technologievorsprünge in der Sachgüterproduktion. Um sich auch zukünftig am Weltmarkt behaupten zu können, müssen beide Industriebereiche stärker zusammenwachsen, um mit digitalen Technologien die bestehenden Stärken der heimischen Betriebe weiter auszubauen. Genau dieser enorme Mehrwert der Digitalisierung für die Wirtschaft komme aber im öffentlichen Diskurs oft zu kurz.

Sieben Handlungsfelder für erfolgreiche Digitalisierung

- 1. Das österreichische Bildungssystem muss IT-Wissen vermitteln und digitale Kompetenzen ermöglichen:** Der österreichische Bildungssektor muss den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden und durch rasche Initiativen junge Talente zur Digitalisierung befähigen. Eine MINT-Offensive in der Bildung ist dringend notwendig. Die IV sieht den Staat als treibende Kraft in der Reformierung.
- 2. Attraktivierung des Arbeitsmarktes:** Aktuell fehlen in Österreich bis zu 24.300 IT-Fachkräfte. Dieser Bedarf kann nicht ausschließlich mit Nachwuchskräften aus dem Inland gedeckt werden, deshalb muss der Standort Österreich auch bei internationalen Experten als attraktiver und lebenswerter Arbeitsort positioniert werden. Neben der Mobilisierung von Talenten sollen Weiterbildungs- und Umschulungsangebote sowie Maßnahmen zur Standort-Attraktivierung umgesetzt und die Diversität auf allen Ebenen gesteigert werden.
- 3. Digital Empowerment - Verstärkung der Förderungen und Kooperationen:** Zielgerichtete Förderungen für Forschung und Entwicklung in Schlüsseltechnologien wie KI, Datentechnologien und Cybersecurity sollten ausgebaut werden. Ebenso wichtig wie die Entwicklung ist es, neue Technologien auch in die robuste Anwendung zu überführen.
- 4. Die IT-Infrastruktur als Basis für Wachstum und Nachhaltigkeit:** Digitale Spitzenprodukte entstehen nur dort, wo auch die Infrastruktur den höchsten Ansprüchen genügt. Der Staat ist hierbei gefordert, den flächendeckenden Ausbau des Breitband-Internetzugangs aktiv zu forcieren und zeitnah Initiativen zu setzen.
- 5. Datenwirtschaft als Wertschöpfungspotenzial:** Der Einsatz von KI, Daten und digitalen Geschäftsmodellen bietet einen entscheidenden Hebel für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie. Die Symbiose zwischen der klassischen Industrie und der IT-Industrie muss daher optimal genutzt werden, um die entstehenden Wertschöpfungspotenziale zu heben und den Industriestandort abzusichern.
- 6. Europäische Initiativen für eine digitale Transformation:** Die Vereinheitlichung von Rechtsvorschriften auf europäischer Ebene ist eine wichtige Maßnahme, um ein „Level Playing Field“ im internationalen Wettbewerb entstehen zu lassen.
- 7. Die steuerliche Attraktivierung des Wirtschaftsstandorts:** Die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich ist aufgrund seiner Steuerpolitik eher gering. Diese muss weiterentwickelt werden, damit Österreich im internationalen Kontext attraktiver wird.